



Interviews

Datum: 02. Februar 2025

Gudula Geuther im Gespräch mit Franziska Brantner, Grüne

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Geuther: Das Interview der Woche mit Gudula Geuther an diesem Sonntagvormittag live aus unserem Hauptstadtstudio in Berlin mit Franziska Brantner, der Ko-Vorsitzenden der Bündnis-Grünen. Hallo, Frau Brantner.

Brantner: Hallo.

Geuther: Frau Brantner, wir sprechen genau drei Wochen vor der Bundestagswahl, eine Woche nach Ihrem Wahlparteitag. Das beides wäre an sich Thema genug. Aber wir sprechen auch am Wochenende nach einem denkwürdigen Tag im Deutschen Bundestag. Es ging um einen Gesetzentwurf, den die Unionsfraktion zur Abstimmung gestellt hatte. Und sie hat dabei in Kauf genommen, dass dieser Entwurf eines Zustrombegrenzungsgesetzes eine Mehrheit durch unter anderem die AfD bekommt. Diese Mehrheit ist nicht zustande gekommen. Da müssten Sie jetzt zufrieden sein?

Brantner: Friedrich Merz hat diese Woche unser Land nicht sicherer gemacht, aber unsere Demokratie unsicherer. Und deswegen kann ich mit dieser Woche nicht zufrieden sein. Und mir geht es darum, dass wir die Sicherheit in diesem Land erhöhen, sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor so grausamen Verbrechen wie sie in Aschaffenburg oder in Magdeburg passiert sind, aber auch die Sicherheit unserer Demokratie. Und deswegen waren und sind wir bereit zu Gesprächen, aber eben nicht mit der Pistole am Kopf.

Geuther: Hat er jetzt im Bundestag endgültig erreicht, was in Ländern und vor allem in Kommunen längst angekommen ist, die Kooperation mit der AfD in Einzelfragen?

Brantner: Wir sehen, dass Friedrich Merz diese Woche bereit war, lieber die Stimmen der AfD zu nehmen als eine gute Lösung, eine zeitnahe Lösung mit demokratischen Akteuren der Mitte zu vereinbaren. Das ist das, was diese Woche passiert ist. Und es ist tragisch, dass dieser Schritt gegangen wurde.

Geuther: Mit diesem Gesetz wollte die Union ja Änderungen im Flüchtlingsrecht erreichen, eine etwas stärkere Rolle der Bundespolizei, Einschränkungen beim Familiennachzug, eine symbolische Festschreibung der – Zitat – Begrenzung der Zuwanderung, wie es sie ja auch schon mal gegeben hatte. Und darum gab es jetzt einen

mehrständigen Showdown im Bundestag mit gegenseitigen Angriffen und Schuldzuweisungen. Sie haben eben gesagt, Sie wären bereit gewesen zu Gesprächen. Aber wäre da kein Kompromiss möglich gewesen? War das, auch was Ihre Rolle betrifft, diesen Showdown wert?

Brantner: Wir waren gesprächsbereit und sind es weiterhin auch zum Gesetz der CDU. Aber – und ich betone das noch mal – nicht mit der Pistole am Kopf. Friedrich Merz hat gesagt: Entweder ihr macht es genau so, wie ich es will, oder ich gehe zusammen mit den Stimmen der AfD. Und das bedeutet eben: Friss und stirb, liebe Demokraten! Und für uns war es wichtig zu sagen: Herr Merz, gehen Sie wieder zurück in die demokratische Mitte, verhandeln Sie mit uns, nehmen Sie die Pistole runter und dann sind wir bereit zum Gespräch. Wir hatten als Grüne, Robert Habeck, auch einen Acht-Punkte-Plan vorgeschlagen, um mehr Sicherheit in diesem Land voranzubringen. Denn die Herausforderung ist doch die, dass jeweils in Magdeburg, in Aschaffenburg die Täter bekannt waren. Sie waren den Behörden bekannt. Und was wieder nicht gelungen war, war dieses Zusammenführen der Informationen, dass rechtzeitig gehandelt werden konnte. Und deswegen brauchen wir hier dringend die Kooperationspflicht zwischen den Ebenen, zwischen den Behörden, die ein klares Täterprofil erstellen und dann eben rechtzeitig intervenieren können. Und wir brauchen schnellere Asylverfahren, damit eben hier auch das europäische Recht greifen kann und die Menschen in die Länder zurückgeführt werden, in denen sie zuerst eingereist sind. Und nicht zuletzt brauchen wir bessere Befugnisse und Ausstattung der Sicherheitsbehörden, damit sie die Gefährder überwachen können und Straffällige, auch Straftäter besser, die nicht deutsch sind, konsequent abschieben können.

Geuther: Das ist dann ein anderes Konzept. Aber lassen Sie uns an diesem Tag im Bundestag noch einen Moment bleiben. Das ist ja nicht einfach nur so, dass es nur das „Friss oder“ – oder wie Sie sagen – „Friss und stirb“ gegeben hätte. Sondern es gab eine wie auch immer konkretisierte Möglichkeit, dass man auch über ein von Ihnen favorisiertes Gesetzgebungsprojekt spricht, nämlich die Umsetzung der europäischen Flüchtlingsregeln auf deutscher Ebene. Es gab die Frage, ob nicht möglicherweise diese Frage des Familiennachzugs befristet wird und anderes mehr. Nehmen Sie uns doch noch mal mit, nicht wegen der Details, sondern in der Frage, wie an einem solchen Tag Parlamentarismus funktioniert hat. Es gab Gespräche zwischen den Vorsitzenden der unterschiedlichen Fraktionen. Es gab Gespräche auch mit den Parteivorsitzenden. Es gab vor allem, das hat man immer wieder gesehen, auf den Gängen, auch im Plenum Gespräche der Spitzen-Grünen untereinander. Wie kann man sich das vorstellen? Was ist da passiert?

Brantner: Es war unser Versuch, immer wieder deutlich zu machen: Wir reichen die Hand zu einem demokratischen Kompromiss, zu Lösungen, die unser Land sicherer machen. Und wir haben bis zuletzt genau diese Linie verfolgt. Wir haben ja am Ende noch mal den Antrag gestellt auf Überweisung in den Ausschuss, um uns unter Demokraten die Möglichkeit zu geben, in den nächsten Tagen – das geht ja um wenige

Tage – hier gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Leider hat Friedrich Merz das zurückgewiesen.

Geuther: Wenn ich das kurz einordnen darf. Das war ein Antrag, der nicht sichergestellt hätte, dass dieses Gesetz wieder zurück ins Plenum kommt, so dass es auch nicht mehr für die Union und die FDP möglich gewesen wäre, mit der AfD letztlich zu stimmen.

Brantner: Wenn wir uns unter Demokraten geeinigt hätten, hätte man das locker für die nächste Sitzungswoche einbringen und auch verabschieden können. Die Herausforderung war am Freitag, dass SPD und Grüne klar artikuliert haben: Wir sind zu allen Gesprächen bereit, aber nicht, wenn konstant im Raum die Drohung steht: Wenn ihr nicht 1:1 macht, was wir als Friedrich Merz, als CDU wollen, dann gehen wir wieder mit der AfD. Unter solchen Drohungen, unter solchen Erpressungen kann man unter Demokraten nicht arbeiten. Und das ist eben auch nichts, was in anderen Bereichen möglich ist, weil wir dann auf einer Talabwärtsfahrt sind, die direkt auch in die Hölle führt. Und das war unsere Voraussetzung für Gespräche zu dem CDU-Antrag, zu dem europäischen Asyl-Gesetz, zu einer Polizeistärkung. Das waren auch unsere Punkte, die wir eingebracht haben. Und ich bedaure es wirklich sehr, dass es nicht möglich war, hierzu in die Gespräche zu gehen.

Geuther: Auf die anderen Themen verweisen Sie, weil Sie damit klar machen wollen, dass Sie einen Präzedenzfall vermeiden wollten?

Brantner: Es ist ein massiver Präzedenzfall. Es ist ja Jahrzehnte zum Glück in unserer deutschen Bundesrepublik gelungen, dass wir demokratische Mehrheiten finden, dass wir nicht mit zum Teil gesichert Rechtsextremen wieder in Deutschland Mehrheiten finden. Das ist das genau, was diese Woche die große Zäsur war.

Geuther: Und nach all diesen Abläufen mit verschiedenen Anträgen, mit Hin und Her, mit gegenseitigen Beschuldigungen im Ergebnis – ich weiß nicht, ob Sie mir da zustimmen – hat am Freitag das Parlament, die Mitte des Parlaments ein schlechtes Bild abgegeben, ein Bild von Parteien und Fraktionen, die um sich selbst kreisen und die das große Ganze aus dem Blick verlieren.

Brantner: Ich fand die Debatte an sich auch furchtbar, weil sie die Gräben unter den Demokraten größer gemacht hat und sich am Ende wahrscheinlich nur die AfD freut und sich Putin freut. Deswegen ist es ja auch so fahrlässig von Friedrich Merz gewesen, in diese Woche mit dieser Politik reinzugehen. Und ich frage mich auch wirklich, welche Strategie dahintersteht, wenn man sich überlegt, eine der großen Aufgaben dieser Zeit ist, Wladimir Putin zu begegnen. Und Friedrich Merz fährt eine Strategie, die die eigenen Truppen spaltet, die jene stärkt, die Putins Freunde sind. Was ist das denn für eine Strategie in Zeiten, in denen wir unsere Sicherheit, unser Europa stärken müssen?

Geuther: Unterm Strich: Was heißt all das für den Bundestag in den kommenden Jahren?

Brantner: Ich hoffe, dass wir es schaffen, wieder die Gräben zuzuschütten zwischen den Demokraten und hier wirklich die Probleme unseres Landes anzugehen. Wir müssen unsere Wirtschaft modernisieren. Wir müssen das Leben bezahlbar machen. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert. Das sind die großen Aufgaben. Und, ja, auch die Sicherheit stärken mit Blick auf Fragen bei Migration. Aber es darf uns eben alles nur gemeinsam demokratisch gelingen ohne Rassismus.

Geuther: Sie haben die Gräben angesprochen, die wieder zugeschüttet werden müssen. Gerade vielleicht auch die vom Freitag. Da sind sich Union und Grüne im Plenum so scharf angegangen, dass man sich fragen kann, wie man überhaupt wieder konstruktiv miteinander reden will. Wäre Schwarz-Grün überhaupt noch möglich nach so einem Tag, nach der Wahl?

Brantner: Friedrich Merz muss die Frage beantworten, welche Mehrheiten er überhaupt wirklich will, ob sein Ziel demokratische Mehrheiten in dem Bundestag sind. Wir sind weiterhin bereit für eine Regierung der demokratischen Mitte. Und das ist die Aufgabe, die wir haben. Wir haben so große Herausforderungen in unserem Land. Von der Sicherheit angefangen über die Dynamisierung der Wirtschaft. Wir müssen die Inflation weiter runterbringen, das Leben bezahlbar machen. Das sind große Aufgaben und sie verlangen unser aller demokratischer Konzentration.

Geuther: Jetzt hatten wir eben schon angerissen, worum es am Freitag in diesem Gesetz ging. Und schon in den Tagen davor hatte die Union eine Mehrheit unter anderem mit der AfD für einen Antrag bekommen, in dem es um Grenzsicherungen, Zurückweisungen auch von Schutzsuchenden ging und anderes mehr, also auch Fragen der Migration, der Flüchtlingspolitik mit der Ansage „Wende harte Kante“. Und das bekommt hohe Zustimmungswerte. Und Ihnen, der Rest-Ampel und gerade den Grünen, traut man das nicht zu.

Brantner: Wir haben in dieser Regierung mehr Asylrechtsverschärfungen auch durchgezogen als alle Jahre zuvor. Wir haben es geschafft, auf europäischer Ebene endlich eine Einigung hinzubekommen, die vorsieht, dass Verfahren in der Zukunft an den Außengrenzen passieren, was ja absolut Sinn macht. Und stattdessen aber eben ein Verteilmechanismus, eine Solidarität unter den Mitgliedstaaten endlich anfängt, auch Einzug zu halten. Das sind die Dinge, die wir auf den Weg gebracht haben. Im letzten Jahr sind ein Drittel weniger Geflüchtete gekommen, 20 Prozent mehr abgeschoben. Die große Aufgabe ist die Integration jener in die Arbeit. Wir haben endlich Arbeitsverbote aufgehoben, sodass Menschen arbeiten können, die arbeiten wollen. Sind wir schon am Ende? Gibt es noch die Herausforderung – ich habe sie angesprochen – die bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, die beschleunigten Asylverfahren und die Abkommen mit den Herkunftsländern müssen

jetzt Chef-Sache werden, damit diejenigen, die zurück müssen, auch wirklich von ihren Herkunftsländern zurückgenommen werden.

Geuther: Sei es das, was Sie jetzt als Leistungsbilanz aufzählen, seien es die Pläne, die ja auch zum Beispiel als Plan, Sie haben es angesprochen, Robert Habeck öffentlich gemacht hat, kommt anscheinend aber nicht an bei den Leuten. Woran liegt das?

Brantner: Wir sind klar, wenn es um diese Sicherheitsfragen geht, auch klar, wenn es darum geht, dass Straftäter abgeschoben werden müssen. Und gleichzeitig bleiben wir aber auch als Grüne klar, wenn es darum geht, dass wir jene Menschen, die bei uns leben, die hier anpacken, die hier Teil dieser Gesellschaft sind, schützen vor Anschuldigungen und Unterstellungen und der Drohung mit einem Zweiklassenstaatsbürgerschaftsrecht. Wir werden es nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft gespalten wird in Menschen, die hier vielleicht seit Generationen leben und jene, die zu uns gekommen sind. Und das ist das, was uns auch wichtig ist. Ich kenne gerade viele Menschen, die wirklich sich fragen: Kann ich in diesem Land noch weiter leben? Was passiert in diesem Land? Muss ich vielleicht bald auswandern? Muss ich irgendwo hin fliehen? Mir macht es Sorge, dass hier Menschen sich unsicher fühlen. Und diese Balance zwischen der Sicherheit vor Straftätern, vor Gewalttätern, vor Überforderung und auf der anderen Seite die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, egal, wo sie herkommen, wenn sie sich an Recht und Gesetz halten, auch hier sicher leben zu können, die müssen wir halten und für die stehen wir Grüne.

Geuther: CDU-Chef Friedrich Merz sagt, er reagiert auf den Willen einer Mehrheit in der Bevölkerung.

Brantner: Wir haben immer die Aufgabe in einem Parlament, die Probleme zu lösen, hier zu schauen, wie man das unter Demokraten gemeinsam hinbekommt. Und natürlich ist es wichtig zu sehen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich fragen: Warum kann jemand, der den Behörden bekannt ist, nicht gestoppt werden rechtzeitig vor solchen Straftaten? Darauf müssen wir Antworten geben. Wir haben als Grüne darauf Antworten gegeben. Ich bin auch der Überzeugung, dass wir hier zeitnah wirkungsvolle Maßnahmen brauchen.

Geuther: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk, live aus unserem Hauptstadtstudio mit der Ko-Vorsitzenden der Bündnis-Grünen, Franziska Brantner. Frau Brantner, jetzt gerade sind Sie, sind die Grünen in Umfragen wieder ein wenig im Aufwind. Aber insgesamt scheint die Wählerschaft Ihre dreijährige Regierungsbeteiligung nicht zu honorieren. Liegt das nur am Streit in der Ampel oder was ist sonst schiefgelaufen?

Brantner: Wir waren im Herbst in einer sehr, sehr schwierigen Situation als Partei. Wir hatten die Wahlen in Sachsen, Thüringen auch verloren. Und ich bin ganz froh, dass wir in den letzten Wochen auch es wieder geschafft haben, eine neue Dynamik

zu entfachen, viele, viele Tausende neue Mitglieder gewonnen haben und gerade ein sehr gutes Angebot machen in diesem Wahlkampf, indem wir aufzeigen, dass wir das Leben bezahlbar machen wollen, die Energiepreise drastisch senken, das Deutschlandticket behalten, Wohnen billig machen und gleichzeitig aber auch Europa im Blick haben, unseren Kontinent stärken in diesen geopolitisch so schwierigen Zeiten.

Geuther: Interessant, in dieser Aufzählung kam Klimaschutz nicht vor. Und natürlich spielt er in Ihrem Programm eine große Rolle, aber fast ein wenig versteckt. Ganz vorne steht Wirtschaft – Sie haben es gesagt – Brot- und Butter-Themen – das Leben soll bezahlbar bleiben oder werden. Warum setzen Sie nicht mehr – wie 2021 – voll aufs Klima?

Brantner: Wir setzen natürlich auch aufs Klima und gerade auf die Kombination aus Wirtschaft und Klimaschutz. Wir wissen, dass wir die Herausforderungen angehen müssen, unser Leben zu schützen – Klimaschutz ist ja Lebensschutz – und dass es uns aber auch so gelingen muss, dass es sozial ausgestaltet ist und wir unsere Wirtschaft dadurch stärken. Und deswegen haben wir in diesem Programm klar gemacht, dass es weitergehen muss bei dem Umbau unseres Energiesystems. Wir sind fantastisch vorangekommen beim Ausbau der erneuerbaren Energien, haben uns da sauber gemacht. Übrigens auch unabhängiger zum Beispiel von Russland, von anderen Diktatoren. Und jetzt geht es darum, diese Energie billig zu machen, indem wir die Netzentgelte und die Stromsteuer senken, dauerhaft, so, dass Energie in diesem Land günstig ist. Und es geht auch darum, in der Industrie den Weg zur Klimaneutralität zu ermöglichen. Und wenn Friedrich Merz sagt, er glaubt nicht an grünen Stahl, dann kommt die Antwort ja nicht von mir als Parteivorsitzender, sondern von Thyssenkrupp selber, die sagen: Wir wollen aber sauber werden. Wir wollen nicht in der Vergangenheit bleiben.

Geuther: Was er, glaube ich, auch relativiert hat. Das, was Sie aufgezählt haben, dafür planen Sie ein großangelegtes Wirtschaftsförderprogramm, eine Investitionsprämie von zehn Prozent auf alle Investitionen der Unternehmen, etwa in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung. Was kostet das?

Brantner: Wir wollen einen Deutschland-Fonds auflegen, der in unsere Infrastruktur investiert, der die Schulen, die Kitas saniert, die Deutsche Bahn wieder richtig flott macht und, ja, auch Investitionen in unsere Wirtschaft durch die Unternehmen ermöglicht, übrigens technologieoffen. Ob das in der Digitalisierung ist, ob das bei Klimatechnologien ist, wirklich, Hauptsache es wird investiert in diesen Standort. Dann gibt es die Steuererleichterung. Das ist unser Ziel, dass wir hier genau damit endlich unser Land wieder flott machen, sanieren, voranbringen. Und es gibt unterschiedliche Zahlen dazu von der Höhe her. Es muss übrigens auch über mehrere Jahre gestreckt sein. Und deswegen sind wir der Meinung, dass wir Teile davon auch über Kredite finanzieren müssen.

Geuther: Unterschiedliche Zahlen. Sagen Sie mal eine Hausnummer.

Brantner: Na ja, meistens reden wir, pro Jahr sind das die 75 Milliarden. Das sind Summen, die andere auch berechnet haben, die wir brauchen, wenn man sich anschaut, welche Summen die Kommunen allein brauchen, um die Schulen, die Sporthallen, die Kitas zu sanieren, wir reden da noch gar nicht von der Verkehrsinfrastruktur, die Sanierung der Straßen. Ist übrigens interessant, dass 2024 das erste Jahr war, in dem bei der Deutschen Bahn mehr repariert wurde als kaputtgegangen ist. Also, es ist uns gelungen durch massive Investition in die Deutsche Bahn nicht mehr auf Verschleiß zu fahren. Und da ist natürlich die Sorge, wenn nach Ramsauer, Dobrindt und Scheuer wieder ein CSU-Verkehrsminister kommt, dass diese Trendwende gestoppt wird.

Geuther: Aber trotzdem noch mal zu den Zahlen. Sie haben gesagt 75 Milliarden plus möglicherweise. Sie treten für höhere Verteidigungsausgaben ein. Sie treten ein für eine stärkere Unterstützung der Ukraine. Jetzt ist bekannt, Sie sind für eine Reform der Schuldenbremse. Aber ist das nicht trotzdem etwas viel, was da zusammenkommt?

Brantner: Leider ist in den letzten Jahren sehr, sehr viel liegengeblieben. Das haben Sie richtig ausgedrückt, sowohl in der Verteidigung als auch mit Blick auf die Infrastruktur in unserem Land. Es ist tragisch, dass über Jahre, als es uns gut ging, nicht investiert wurde, dass die Dinge kaputtgegangen sind bei der Deutschen Bahn, in den Schulen, bei den Straßen und den Brücken. Und deswegen haben wir jetzt einen großen Investitionsstau. Wenn wir den nicht angehen, wird es aber nicht besser. Sondern wenn eine Brücke mal ganz kaputt ist, ist es teurer, sie ganz neu aufzubauen, als wenn man sie zwischendurch repariert oder die Neckarschleuse bei mir in Baden-Württemberg. Und deswegen, ja, stehen jetzt große Aufgaben an. Aber man kann sich eben auch nicht vor ihnen drücken. Wir geben die Antwort der Reform der Schuldenbremse. Und natürlich muss auch im normalen Haushalt gekürzt werden, Effizienzen gehoben werden. Das ist absolut richtig und notwendig. Aber wer Ihnen erzählt, wir könnten unser Land wieder flott machen, übrigens auch bei der digitalen Infrastruktur, ohne Schulden aufzunehmen, der lügt sich was in die Tasche.

Geuther: Und trotzdem, wir waren eben für einen Teil – sicherlich keinen kleinen – der Kosten bei 75 Milliarden pro Jahr plus Verteidigung, plus Ukraine, plus anderes. Sagen Sie mal, was das für die Schuldenbremse und die Gesamtzahl bedeutet.

Brantner: Wissen Sie, die Zahlen, wir hatten heute jetzt auch wieder Nachrichten von dem NATO-Generalsekretär, der auch noch mal aufgezeigt hat, was die Bedarfe sind. Für mich geht es darum zu sagen: Hier ist die Notwendigkeit, um Europa gut verteidigen zu können. Wir werden in unsere Verteidigungsfähigkeit investieren müssen. Ich wünsche mir, dass wir das als Europäer gemeinsam machen, dass es nicht die Deutschen, die Franzosen, die Polen sind, sondern dass man die Effizienzen auf

europäischer Ebene hebt und über Europa gemeinsam auch einen besseren Rüstungsmarkt, einen effektiveren aufbaut. Deswegen ist es gar nicht so einfach, dass man sagen kann, hier und dort die eine Milliarde, sondern uns geht es bei der Verteidigung darum, das europäisch zu erreichen. Das scheint uns der richtige Weg, übrigens auch mit Großbritannien. Ich finde, hier muss man größer als die EU denken. Da gehört natürlich Großbritannien mit dazu, um hier ein Gegengewicht wieder zu ermöglichen, gegen Wladimir Putin, der ja offensichtlich sich zum Ziel gesetzt hat, die europäische Friedensordnung zu zerstören.

Geuther: Also, ich glaube, mit den Zahlen kommen wir nicht weiter. Und vielleicht hat das auch Gründe. Aber in jedem Fall brauchen Sie dafür einen Koalitionspartner. Wir hatten die kulturellen Gräben in der Ampel eben schon angesprochen. Jede Konstellation, die in der kommenden Legislaturperiode denkbar wäre, würde nicht einfacher. Ich glaube, das kann man so sagen. Und trotzdem war das auch beim letzten Parteitag wieder so, wie das ganz generell in den letzten Jahren ist, wenn jemand sagt, wir wollen regieren, dann gibt das rasenden Applaus. Ist das eine Art von Masochismus?

Brantner: Nein. Aber ich bin auch wirklich in die Politik gegangen, um das Leben besser zu machen in diesem Land und nicht um Recht zu haben. Und wenn ich das als Anspruch ernst nehme, bedeutet es zu regieren, denn dann kann man konkret das Leben besser machen. Und das ist auch die Haltung unserer Partei. Und darüber bin ich auch sehr froh, dass wir eben nicht am Seitenrand stehen, wo es vielleicht manchmal gemütlicher ist, sondern die Realitäten sehen mit unseren Werten, unseren Ideen herangehen und dann bereit sind, auch manchmal schwierige Kompromisse einzugehen. Ja, das ist in diesen Zeiten nicht immer einfach, aber besser als am Rande zu stehen und nicht verantwortlich zu sein. Und die nächste Regierung wird bestimmt keine leichte sein, aber klar für mich ist, dass man ruhig, ordentlich, gemeinsam regieren muss. Wir können uns diese weiteren Streitereien nicht leisten, weil davon nur die Ränder profitieren. Und deswegen hoffe ich sehr, dass wir dort auch wieder hinkommen, um unsere Demokratie gemeinsam zu schützen und gleichzeitig die großen Probleme auch anzugehen.

Geuther: Sie haben es angesprochen. Das ist für Ihre Partei vielfach nicht leicht gewesen in der Vergangenheit. Wäre dann in einer was auch immer Regierungskoalition – Schwarz-grün ist schwieriger geworden, aber was auch immer – nicht leichter. Die Leute, die in letzter Zeit – Sie haben es auch angesprochen, 30.000 – eingetreten sind, sind das ja wahrscheinlich auch wegen eines realpolitischen Kurses, den Robert Habeck auch führt. Wie verändert das Ihre Partei?

Brantner: Ich habe einige Neumitglieder auch begrüßen und kennenlernen dürfen. Es sind viele Menschen, die mitten im Leben stehen, ganz unterschiedlicher Herkunft. Also, viele sind aus der Wirtschaft, die jetzt auch zu uns kommen und die sa-

gen: Ich will, dass wir bei dem Kurs auch der Modernisierung unseres Landes dabei bleiben. Die sagen: Ich habe einen Job zum Beispiel im erneuerbaren Feld, in dem digitalen Sektor, in der Gesundheitswirtschaft und ich möchte, dass unser Land bei den neuen Technologien vorne dabei ist, mitmacht, die Hürden dafür abbaut, aber nicht wieder in die Vergangenheit zurückgeht. Das sind Menschen, die auch in diesem Sektor viel zu verlieren haben, weil da viel passiert, gerade viel aufgebaut wurde, neue Stärken unseres Landes vorankommen. Und das macht mich stolz, dass diese Menschen jetzt bei uns sind und sagen: Wir kämpfen weiter dafür, dass Deutschland wirklich wieder an der Spitze ganz da vorne dabei ist.

Geuther: Kurz zum Schluss noch zu einer regelrechten Affäre, die in den letzten Wochen Ihre Partei belastet hat. Vorwürfe gegen Stefan Gelbhaar, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus Berlin-Pankow, waren offenbar, zumindest zum Teil, frei erfunden, was mindestens dazu beigetragen hat, dass er nicht mehr für die Grünen antreten kann. Können Sie einen neuen Stand sagen und wissen Sie mehr über die Hintergründe?

Brantner: Wir haben aufs Schärfste die Falschaussagen auch kritisiert und haben entsprechend sofort auch eine Kommission aufgesetzt, um neben den ungeheuerlichen Vorgängen, die beim *Berliner Rundfunk ja passiert sind, also, dass man nicht überprüft hat, ob die eidesstattliche Erklärung auch wirklich existierte, ob diese Person existierte. Das ist die Aufgabe auch beim RBB. Zum Glück wird dort ja auch sehr gut jetzt aufgeräumt und aufgearbeitet. Haben wir eine Kommission eingesetzt, um natürlich auch bei uns die Verfahren anzuschauen. Diese Kommission arbeitet jetzt. Mich hat das sehr erschüttert, weil diese Person ja nicht nur Stefan Gelbhaar starken Schaden zugefügt hat, sondern auch vielen, vielen Frauen in diesem Land, die aus berechtigten Gründen ihre Stimme erhoben haben und auch weiter erheben sollen dürfen.

Geuther: Ganz kurz, wenige Sekunden. Wie sehr schadet das Ihrer Partei, die ja einen hohen moralischen Anspruch hat?

Brantner: Ich hoffe, dass wir hier auch einen guten Weg gefunden haben, damit umzugehen, Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechte gut in Einklang zu bringen.

Geuther: So weit live aus unserem Hauptstadtstudio, Frau Brantner, vielen Dank fürs Kommen.

Brantner: Ich danke Ihnen.

* "Wie aus dem Kontext ersichtlich war der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) gemeint."